



JOHANNES LEHN

20.11.2009 22:03 | Meine Presse Merkliste 0

[Politik](#) [Wirtschaft](#) [Panorama](#) [Kultur](#) [Tech](#) [Sport](#) [Leben](#) [Bildung](#) [Wissenschaft](#) [Gesundheit](#) [Recht](#) [Speziell](#)
[Nachrichtenüberblick](#)

Glücksspiel: Finanz macht scharf gegen 10.000 illegale Spielautomaten

20.11.2009 | 18:39 | HEDI SCHNEID (Die Presse)

Das Finanzministerium will die lange geplante Novelle des Glücksspielgesetzes bis Jahresende fertig haben – Lizenzvergabe für Casinos und Lotterien ist offen.


[Bild vergrößern](#)

AUS DEM ARCHIV:

Jeder zweite Glücksspielautomat in Österreich illegal (09.11.2009)

Finanz macht Jagd auf illegale Internetcasinos (09.09.2009)

Online-Spiele: Glücksspielmonopol auf Zeit (07.09.2009)

Steuern: EU hat Casinos Austria im Visier (14.06.2009)

Automaten: Heftiger Poker um Glücksspielgesetz (09.01.2009)

Wien. Seit eineinhalb Jahren arbeitet das Finanzministerium an einer Novelle zum Glücksspielgesetz, die vor allem den Wildwuchs illegaler Spielautomaten eindämmen soll. Vor dem Hintergrund leerer Staatskassen, des Drucks seitens der EU und Problemen mit illegalem Glücksspiel erhöht das Finanzministerium jetzt die Schlagkraft. Schätzungen zufolge sind in Österreich an die 20.000 Spielautomaten in Betrieb, davon weniger als die Hälfte legal. Die Legalisierung würde Schätzungen zufolge bis zu 150 Steuermillionen bringen. Ein überarbeiteter Gesetzesentwurf soll bis Jahresende vorliegen, bestätigt der Sprecher von Finanzminister Josef Pröll (ÖVP), Harald Waiglein, gegenüber der „Presse“.

Der Poker um das Glücksspielgesetz hat zwei Gründe: Einerseits leisteten jene Bundesländer, allen voran Niederösterreich, in denen das „kleine Glücksspiel“ an Automaten erlaubt ist (Wien, NÖ, Kärnten, Steiermark), massiven Widerstand, weil sie auf die Steuerautonomie bei den Einnahmen nicht verzichten wollen. Andererseits stellte sich die Wirtschaftskammer vor die kleinen Automatenbetreiber und Wirte, die ihre Existenz gefährdet sehen. Der Fachverband (FV) Freizeitbetriebe ergriff deshalb die Initiative und erarbeitete Vorschläge. („Die Presse“ berichtete exklusiv am 30. September.)

Casinos verteidigen Monopol

Das fertige Papier ist mit den „Spielern“ im Fachverband (Novomatic, Bwin, Concorde Card Casinos und kleineren Anbietern) akkordiert, nicht jedoch mit Casinos Austria (Casag), die allein die Konzession für zwölf Spielbanken und die Lotterien haben und diese naturgemäß verteidigen. Ein Konsens dürfte nicht leicht sein – nicht nur, weil die Casag vom FV Freizeitbetriebe in den FV Banken gewechselt ist, was das Klima getrübt haben soll. Die Casag dürfte manche Vorschläge gar nicht

goutieren, weil sie die Konkurrenz erhöhen würden. Statt einer bundesweiten Lizenz für Automaten-Spiel (wie ursprünglich vorgesehen) wünscht sich der FV Freizeitbetriebe ein offenes System. Jedes Unternehmen, das die Anforderungen erfüllt, erhält eine Bewilligung. Außerdem soll es auch für Poker Lizenzen geben. Aktuell ist Poker als Glücksspiel definiert, womit das Kartenspiel dem Monopol unterliegt. So sieht das auch die Casag, die sich allein berechtigt sieht, Poker anzubieten.

Einig ist man indes, was Überwachung und Kontrolle der Automaten sowie die Verstärkung des Spielerschutzes betrifft: Alle Automaten sollen mit einem Zentralrechner vernetzt sein, sodass die Finanzbehörde die Art der Spiele und Höhe des Einsatzes feststellen kann. Das fordert auch Casag-Chef Karl Stoss. Er will das neue Gesetz auch deshalb, weil es eine Absenkung der Glücksspielabgabe von 48 auf 30 Prozent vorsieht – was der Casag zupasskäme.

Einigung mit den Ländern

Ob das Ministerium die Kammervorschläge berücksichtigt? „Wenn es Sinn macht, werden wir Punkte übernehmen“, sagt Waiglein. Er signalisiert jedenfalls eine Einigung mit den Ländern. Um das Prozedere zu beschleunigen, ist auch an einen Initiativantrag gedacht. Das Inkrafttreten hängt davon ab, ob das Gesetz neuerlich von den EU-Behörden notifiziert werden muss.

Die EU hat auch ein wichtiges Wort bei einem weiteren brisanten Thema mitzureden: der Neuvergabe der Spielbanken- und Lotterien-Konzessionen, die ab 2012 auslaufen. Das Finanzministerium hat noch nicht entschieden, wie (im Paket oder einzeln) und wann ausgeschrieben wird. Fix ist, dass es EU-weit erfolgen muss. Stoss wünscht sich eine Vergabe der Casinolizenzen im Paket, weil die Casag mehr Chancen hätte.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat (im Zusammenhang mit einem Strafverfahren wegen illegalen Glücksspiels) an die österreichische Regierung eine interessante Frage gerichtet: Wien soll bis 4. Dezember mitteilen, ob der letzten Konzessionsverlängerung eine öffentliche Ausschreibung vorausgegangen sei. Die Bitte um Unterlagen, Konzessionspflichtenhefte und Zahl der Bieter wird die Regierung schuldig bleiben: Die Verlängerung der Konzessionen erfolgte zuletzt ohne Ausschreibung.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 21.11.2009)